



# MITTAGSPOST

## Im Bundestag debattiert

Eine nationale und europäische Kraftanstrengung ist nach Ansicht der Bundeskanzlerin notwendig, damit durch den Zuzug von Flüchtlingen die Chancen gegenüber den Risiken überwiegen. In ihrer Regierungserklärung verbreitete sie Optimismus, machte aber deutlich, dass zu einer fairen Lastenverteilung innerhalb der europäischen Staaten auch strenge Kontrollen an den Außengrenzen der EU gehörten. Thomas Oppermann wies auf die Notwendigkeit von Einwanderung hin, warnte aber davor, die Flüchtlinge als billige Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt zu betrachten und damit das Gesetz zum Mindestlohn zu unterwandern.

Die Reform der Erbschaftssteuer wurde in 1. Lesung beraten. Dabei hat die SPD klar gemacht, dass es im Einklang mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts um eine angemessene Besteuerung von reichen Erben und den Schutz von Arbeitsplätzen beim Wechsel der Leitung in einer Firma geht. Die SPD konnte ferner eine Erleichterung für kleine und mittelständige Betriebe von bis zu 15 Beschäftigten bei der Betriebsübergabe durchsetzen. Betriebe, in denen Menschen mit Einschränkungen arbeiten, sollen gestärkt werden. Der Bundestag beschloss, die Integrationsbetriebe, die einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur Inklusion leisten, künftig auch für langzeitarbeitslose schwerbehinderte Menschen zu öffnen. Mehr Orientierung für die Berufswahl am Übergang von Schule zur Ausbildung sollen junge Menschen nach dem Wunsch der Regierungsfractionen erhalten. Gemeinsam mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit wird die Beratung für die Ausbildung verbessert. Damit soll die Zahl der Abbrecher bei Ausbildung oder Studium verringert werden.

## Aktuelle Themen

Mit zehn Entscheidungen, die jetzt nötig sind, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion an die Öffentlichkeit gewandt. Wichtige Entscheidungen wurden am Dienstag auf EU-Ebene gefällt, am Donnerstag berieten die Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskabinett. Basisinformationen zur aktuellen Situation mit den Menschen, die in unserem Land Hilfe und Sicherheit suchen, habe ich in einem eigenen Informationsblatt zusammengestellt. Weitere werden folgen. Die Informationen können gern an andere Interessierte weitergegeben und für die Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden. Weitere Exemplare können in meinem Berliner Büro unter Tel: 030/ 227 78171 oder per Mail angefordert werden.

Wie die Arbeit von Europol strukturiert ist und wo sie durch mehr Personal optimiert werden kann, habe ich am Rande einer Sitzung des Innenausschusses mit Dietrich Neumann von dieser Behörde diskutiert. Europol mit Sitz in Den Haag spielt eine zentrale Rolle beim Kampf gegen die international agierende Organisierte Kriminalität.

Hier im Bild meine Gäste aus Hatten-Sandkrug



## SPD hat die Zukunft im Blick



Unter dem Stichwort #Neue Gerechtigkeit regt die SPD-Bundestagsfraktion zum Dialog mit Vereinen und Verbänden, aber vor allem mit Bürgerinnen und Bürgern aus unterschiedlichen Berufen und Altersgruppen an. Sie will damit auf Herausforderungen wie die Digitalisierung oder den demografischen Wandel reagieren. Die Kriegs- und Krisenherde in der Welt und die Flüchtlingsbewegung bringen Änderungen in unserem bisherigen Leben mit sich. Die SPD will helfen, aber nicht die Sorgen der Menschen vergessen, die schon immer oder lange hier leben. Orientierung bieten dabei die Grundwerte: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Bei der Auftaktveranstaltung drängten sich die Gäste im Fraktionssaal, es gab regen Gedankenaustausch und viele gute Ideen. Fraktionschef Thomas Oppermann nannte in seiner Rede einige der Zukunftsfragen: Wie wollen wir leben, das Wohnumfeld gesund und sicher gestalten, die Umwelt erhalten. Mir ist in der Arbeitsgruppe „Neue Lebensqualität“ der Aspekt Sicherheit wichtig, wie etwa Schutz vor Alltagskriminalität und Prävention. Wir haben noch allerhand Themen abzarbeiten, wollen aber auch Vorhaben für die Zukunft entwickeln. Unter [zukunfts Ideen.spdfraktion.de](http://zukunfts Ideen.spdfraktion.de) können sich Interessierte mit Fragen und Anregungen an der Diskussion beteiligen.

## Interesse für Politik wecken

Berlin ist als Ziel für Klassenfahrten sehr beliebt- aus meinem Wahlkreis kamen in diesem Jahr rund 900 Jugendliche mit ihren Lehrkräften zu Besuch in den Bundestag. Spitzenreiter ist dabei die IGS Delmenhorst, in dieser Woche gleich zweimal mit einer Gruppe vertreten. Ich informiere über die Arbeitsabläufe in Berlin, erläutere die verschiedenen Arten der Abstimmung und wir diskutieren aktuelle Fragen, wie etwa die Situation der Flüchtlinge, die Aufgaben des NSA-Untersuchungsausschuss und was aus Berlin zum Beispiel für Sportstätten im Wahlkreis geregelt werden kann. Ich hoffe, dass ich mit den Diskussionen bei den jungen Menschen auch Interesse an der Politik wecken kann. Politik ist ja keinesfalls nur etwas für Ältere und es ist wünschenswert, dass sich bei der Kommunalwahl im kommenden Jahr auch die jüngere Generation interessiert und engagiert, einmal indem sie wählen geht, aber auch, indem sie sich zur Wahl stellt.

Mit der dritten Besuchergruppe aus dem Berufsbildenden Bereich bei den Gemeinnützigen Werkstätten Oldenburg habe ich die Möglichkeiten diskutiert, für Menschen mit Einschränkungen mehr Arbeitsmöglichkeiten bei Firmen außerhalb von Integrationsbetrieben zu schaffen und ihnen ein eigenständiges Leben zu ermöglichen.



### Termine, eine Auswahl

25.09. 18. 30 Uhr Amtswechsel des Ortsbeauftragten beim THW

26.09. 11.30 Uhr 20 Jahre RUZ mit Tag der offenen Tür in Ganderkesee

26.09. 14.00 Roonkarker Markt, Festumzug, Rodenkirchen

die nächste Sitzungswoche des Bundestags geht vom 28.09.-02.10.